



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Protokoll Sitzung des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Termin: 27. Juni 2017 | 13.00 – 16.00 Uhr
Ort: Staatsministerium Baden-Württemberg, Clay-Haus
Richard-Wagner- Straße 39, 70184 Stuttgart
Teilnehmer: siehe Teilnehmerliste (Anlage I)
Protokoll: Laurenzia Balzer (LB), Iryna Brill (IB), Hannes Schuster (HS), Lisa Weis (LW)

Protokoll

I. Begrüßung durch Frau Staatsrätin Gisela Erler und Moderatorin Frau Dr. Freudenberger

Frau Staatsrätin Erler begrüßt zusammen mit Moderatorin Frau Dr. Miriam Freudenberger, Allianz für Beteiligung, die Mitglieder des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung und heißt diese recht herzlich in den Räumlichkeiten des Clay Haus willkommen.

Staatsrätin Erler hebt in ihrer Begrüßung hervor, wie wichtig sie das Zusammenkommen der verschiedenen Expertinnen und Experten zum Thema Bürgerbeteiligung aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft hält. Durch den Austausch und den Input der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den eigenen Institutionen könne das Thema Bürgerbeteiligung auch auf Dauer verankert werden. Gerade im derzeit viel diskutierten Themenfeld Integration seien Formate wie das Förderprogramm „Nachbarschaftsgespräche“ nachweisbar hilfreich. Dies müsse auch offensiv kommuniziert werden.

(Link zum Programm: <http://allianz-fuer-beteiligung.de/foerderprogramme/nachbarschaftsgespraech/>)

II. Workshops und Gespräche von Frau Staatsrätin Gisela Erler mit Gästen

II.1. Thema: Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft: Zufallsauswahl in Beteiligungsprozessen

II.1.1. Workshop

Susanne Wacker (Stadt Pforzheim) stellt das Format Nachbarschaftsgespräche vor und berichtet über das Pilotprojekt in Pforzheim. Das Format der Nachbarschaftsgespräche ist aufsuchend, sozialraum- und quartiersbezogen sowie gemeinschaftsorientiert. In Pforzheim und den beiden anderen Modellstandorten Mannheim und Freiburg wurde auf unterschiedliche Weise das „Prinzip der Zufallsbürger“ angewandt. Das bedeutet, dass die Beteiligung von sogenannten „stillen Gruppen“ wie Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Handicap, Migrantinnen und Migranten sowie junge Menschen, systematisch organisiert wird.

Die zufällig ausgewählten Stadtteilbewohnerinnen und Stadtteilbewohner treffen sich an ihnen bekannten und vertrauten Orten in ihrem Quartier. Meist sind dies Orte wie Mehrgenerationenhäuser, Stadtteil- oder Mütterzentren. Dabei werden die ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmer rasch

zu selbstorganisierten Gastgebern. Unterstützt werden die Gruppen von ausgewählten Netzwerk- und Kooperationspartnern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommune und des Landes sowie den politischen Vertretern.

Durch die Niederschwelligkeit und die Zufallsauswahl werden alle Zielgruppen in ihrer Unterschiedlichkeit erreicht und miteinander in einem neuen Format mit der Politik verbunden. Das Prinzip der Zufallsbürger bringt gleich mehrere Vorteile mit sich: Die Zufallsauswahl sorgt für Unabhängigkeit und Neutralität bei den Gesprächen. Dazu garantiert sie Chancengleichheit und schränkt die Selbstselektion der Teilnehmenden ein und schafft dadurch Vielfalt. Die Tonalität in den Gruppen ist überwiegend sachlich, lebhaft, kooperativ und ideenreich.

Weitere Informationen zum Thema unter:

<http://allianz-fuer-beteiligung.de/foerderprogramme/nachbarschaftsgespraech/>

II.I.II. Gespräch von Frau Staatsrätin Erler mit Susanne Wacker, Stadt Pforzheim

Gefragt nach den wichtigsten Erkenntnissen durch die Pilotprojekte der Nachbarschaftsgespräche erklärt Staatsrätin Erler, dass dieses Format Leute in Kontakt mit Politik und Verwaltung bringe, die sich sonst nicht beteiligen würden. Frau Wacker bestätigt dies aus den Erfahrungen, die in Pforzheim gemacht wurden, wo in insgesamt vier Pforzheimer Stadtteilen 200 pro Stadtteil zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger angeschrieben und eingeladen wurden. In Zukunft müssten gerade auch die kleinen Anliegen der Menschen berücksichtigt werden, findet Erler, dies gelinge in diesem Format sehr gut. Menschen hätten das Gefühl, mit ihren Anliegen bei der Verwaltung Gehör zu finden.

Dazu sei es aber unerlässlich, die Ergebnisse des Dialogs im Nachgang der Veranstaltung auch den Entscheidungsgremien vor Ort vorzulegen, damit eine Anschlussfähigkeit der Ergebnisse ermöglicht wird. Staatsrätin Erler fügt an, dass sie das Format der Nachbarschaftsgespräche mitsamt der zum Einsatz kommenden Zufallsauswahl für sehr geeignet hält, zu einer gut informierten Öffentlichkeit vor Ort beizutragen. Damit könne man diese Formate auch im Vorlauf vor anstehenden Bürgerentscheiden einsetzen.

II.II. Thema: Bürgerbeteiligung und Engagement: Bürgergenossenschaften als gelebte Beteiligungsformen

II.II.I. Workshop

Hubertus Droste berichtet über die BürgerSozialGenossenschaft in Biberach. Als Ausgangspunkt für die Gründung nennt er den demographischen Wandel und seine Folgen, durch die die Versorgungslücke im sozialen Bereich immer größer wurde. Er hebt dabei die Wichtigkeit von bürgerschaftlichem Engagement hervor und zeigt auf, dass es viel Engagement gibt, das jedoch unbürokratisch organisiert werden muss. Teil der Genossenschaft in Biberach ist daher auch ein Büro, das als Anlaufstelle für die Engagierten fungiert. Die Arten der Hilfeleistungen der Genossenschaft umfassen zum Beispiel Haushaltshilfe, Fahrdienste, Spaziergänge oder kleine technische Hilfen. Mittlerweile fasst die BürgerSozialGenossenschaft Biberach eG 300 Mitglieder, die Hälfte davon sind aktiv (helfen oder helfen lassen) tätig. Die Helfenden können wählen zwischen einer kleinen Honorierung von 10 € pro Stunde oder einem Zeitwertkonto. Letzteres bedeutet, dass sie ihre Arbeit in Geldwert bei der Genossenschaft lassen und

später, falls sie selbst Hilfe brauchen, beanspruchen können. Das Geld wird angelegt und nicht verzinst, sodass der aktuelle Haushalt nicht gestört und eventuelle Einforderungen der Helferinnen und Helfer ausbezahlt werden können.

Probleme hat die Genossenschaft laut Droste bei der Überschreitung der Übungsleiterpauschale. Wichtig sei daher immer noch die Unterstützung durch Stiftungen und sonstige Geldgeber. Noch kann die Genossenschaft nicht auf eigenen Beinen stehen. Viele sehen die angebotene Hilfe der Genossenschaft als Konkurrenz, zum Beispiel die Kirchen. Die Caritas vor Ort sei gespalten – der Leiter unterstütze die Genossenschaft, während die Verwaltung kritisch sei. Andere Pflegeeinrichtungen freuen sich aber über die Unterstützung durch Ehrenamtliche. Frau Reifschneider berichtet von einer Ärztegenossenschaft, die angestrebt würde. Ein Vorschlag ist die Gründung einer Art Dachgenossenschaft, so dass nicht jeder etwas einzeln gründen muss, sondern alles gebündelt organisiert werden kann.

Im Workshop wurde auch über die BürgerWohnungsGenossenschaft Biberach gesprochen, die laut Herrn Droste mit der BürgerSozialGenossenschaft zusammengreifen soll. Problem derzeit sei, dass Kommunen Grundstücke nicht auf Basis der Güte der Konzepte des Bauträgers verkaufen, sondern der Verkauf an den Höchstbietenden erfolge. Die Gruppe ist sich einig darüber, dass der Unterschied zwischen Dorf und Stadt sehr groß ist.

In einer Schlussrunde beschäftigte sich die Gruppe mit der Fragestellung, wie Kommune und Zivilgesellschaft gemeinsam gute Strukturen aufbauen können, damit Projekte vor Ort umgesetzt werden können. Die Genossenschaft könne der Kommune dabei viel Arbeit abnehmen. Dabei gilt es jedoch, der Kommune den Nutzen aufzeigen, um sie zur Zusammenarbeit zu bewegen. Ein Vorschlag ist die Bildung einer Bürgerbeteiligungsgenossenschaft mit Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger, um die Bürokratie leicht abwickeln zu können. Man könnte auch einen Beteiligungsprozess aufsetzen mit dem Ziel der Genossenschaftsbildung. Da die Genossenschaft der Kommunen einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeit abnehmen kann, könnte diese dafür die Genossenschaft mitfinanzieren, so ein Vorschlag aus der Runde.

II.II.II. Gespräch von Frau Staatsrätin Erler mit Hubertus Droste, BürgerSozialGenossenschaft Biberach

Im Gespräch erklärt Herr Droste, dass die Form der Genossenschaftshilfe eine gute Möglichkeit sei, das Potenzial der übersechzigjährigen, nicht mehr in Arbeit stehenden Menschen zu nutzen, die jedoch nicht mit umfänglicher Bürokratie belastet werden wollen. Auf die Frage wie Frau Staatsrätin Erler Bürgergenossenschaften beurteilt, berichtet sie, dass diese in einem der letzten Bereiche der Gesellschaft tätig sind, der noch nicht vollständig reguliert (Bsp.: Sozialabgaben) ist. Frau Erler erklärt, dass die Potenziale für diese einfache wie effektive Form der Nachbarschaftshilfe vor Ort groß sind und die Bürgergenossenschaft der Gemeinde viel Arbeit abnehmen kann.

II.III. Bürgerbeteiligung und Quartiersentwicklung: Landesstrategie Quartier 2020: Gemeinsam. Gestalten.

II.III.I. Workshop

Dr. Daniela Neumann (Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg) stellt am Anfang des Workshops die Strategie „Quartier 2020 – Gemeinsam. Gestalten.“ vor und erläutert kurz zahlreiche Angebote der Landesstrategie in den Bereichen Beratung und Förderungen, Vernetzung, Informationsvermittlung und Qualifizierung. Ziel dieser Maßnahmen ist es, Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure bei ihrer Quartiersarbeit zu unterstützen. Drei Prinzipien haben alle Angebote gemein: Berücksichtigung des Themas Pflege und Unterstützung im Alter, Stärkung der Bürgerbeteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements und Vernetzung der Kommune mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im Quartier. Speziell für zivilgesellschaftliche Akteure gibt es das Förderprogramm „Gut Beraten! - Quartiersentwicklung“, ein Programm der Allianz für Beteiligung, das ausschließlich zivilgesellschaftliche Akteure in Baden-Württemberg unterstützt. Alle Inhalte und Angebote der Strategie sind zu finden unter www.quartier2020-bw.de.

Im Anschluss moderiert Wolfgang Klenk (Allianz für Beteiligung) ein Gespräch mit den Teilnehmenden des Workshops anhand der vorgestellten Punkte. Die neue Landesstrategie „Quartier 2020“ wird als ein wichtiger und ausbaufähiger Ansatz zur Gestaltung des demografischen Wandels im Land gelobt. Die aufgelegten Angebote bieten eine gute Mischung für professionelle Akteure und engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Die Teilnehmenden betonen die Wichtigkeit der Netzwerkarbeit innerhalb der Ministerien – verschiedene Referate müssten stärker miteinander kooperieren und ihre Angebote kombinieren. Die Aktivitäten sollen stärker gebündelt werden. Es sei wichtig, dass auf der kommunalen Ebene ein Umdenken stattfindet und die Verwaltung regelmäßig im Dialog mit der Zivilgesellschaft nach Lösungsansätzen sucht. Verschiedene Kommunen benötigten individualisierte Angebote und Maßnahmen, da Quartiere sehr vielfältig und unterschiedlich seien und die Bewohner als Experten und Expertinnen für das eigene Quartier sehr gut wüssten, was sie vor Ort benötigen. Sorgen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger sollten ernst genommen werden. Dazu kämen innovative Ideen häufig aus der Gesellschaft, müssten aber Gehör in der Verwaltung finden und kommunal unterstützt werden.

Als eine Herausforderung wurde die aktive Ansprache der „stillen Gruppen“ und das direkte Aufsuchen (z.B. mobile Beratung) von Quartieren benannt, um die Sorgen der Bürger erst zu nehmen, um Teilhabe und Demokratie erlebbar zu machen und die Demokratie dadurch zu stärken. Dies gelte insbesondere in Quartieren, in denen Beteiligungsstrukturen nicht stark ausgeprägt sind.

II.III.II. Gespräch von Frau Staatsrätin Erler mit Dr. Daniela Neumann, Ministerium für Soziales und Integration BW

Frau Dr. Neumann betont im Gespräch, dass den Kommunen die zentrale Verantwortung bei der Entwicklung von Quartieren zufällt, die Landesebene hier jedoch unterstützend tätig werden kann. Dafür stehen im Rahmen der Landesstrategie zu „Quartier 2020“ im Doppelhaushalt 2018/19 insg. 12 Millionen Euro zur Verfügung. Als ein wichtiger Baustein der Strategie wurde das „Gemeinsame Kommunale Kompetenzzentrum Quartiersentwicklung“ (GKZ.QE) als landesweite Anlauf- und Beratungsstelle von

Gemeinde-, Landkreis- und Städtetag Baden-Württemberg gegründet. Frau Dr. Neumann lädt ein zum Fach- und Vernetzungstag am 25. Juli im Hospitalhof in Stuttgart

Frau Staatsrätin Erler äußert die Idee, dass sich Bürgergenossenschaften in den Einzelprojekten zur Strategie 2020 auch einbinden ließen. Zudem bringt sie den Strategiedialog Automobilwirtschaft ein, denn auch hier fände eine Vernetzung aller Personen statt, die etwas mit dem Thema zu tun haben. Frau Staatsrätin lobt außerdem die gute Abwicklung des Projekts im Sozialministerium. Das Ziel sei nicht, am Ende einfach ein Quartier zu haben. Man unterstütze die Kommunen vielmehr in der individuellen Quartiersentwicklung, in der Teilhabe und Vernetzung zentral sind.

II.IV. Thema : Kinder und Jugendbeteiligung in BW

II.IV.I. Workshop

Den Workshop leiten Nicolas Alt (Fachbereichsleiter Partizipation und politische Bildung im Landesjugendring BW) und Monja Jegler (Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung Baden-Württemberg). Jegler stellt kurz die Servicestelle vor, die selbst keine Mittel vergibt, aber in Beratungen Hilfestellungen geben kann, wo und wie Förderungen beantragt werden können. Dazu gilt es für die Servicestelle, Projekte zu vernetzen und bekannt zu machen und vor Ort auch die Themenbreite im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung aufzuzeigen. Die Servicestelle wird finanziert vom Sozialministerium Baden-Württemberg, beteiligt sind an ihr die zusätzlich drei verschiedene Einrichtungen: die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ) Baden-Württemberg, der Landesjugendring BW sowie die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg.

Nach Darstellung der Servicestelle gibt Moderatorin Frau Dr. Freudemberger Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer Raum. Eine Teilnehmerin stellt die Frage, wie man die Gruppe der Menschen mit Fluchterfahrung und die der queeren Jugendlichen in Beteiligungsprozesse bringen kann. Herr Alt und Frau Jegler erläutern, dass es bisher keine fertigen Lösungen für die Einbindung schwer erreichbarer Jugendliche in Beteiligungsprozesse gibt. Alt erzählt aus Erfahrungen vom Kindergipfel (eintägiges Format, in dem Kinder ein vorbereitetes Thema im Landtag bearbeiten) und Jugendlandtag (zweitägiges Format, in dem Jugendliche Themen im Landtag ausarbeiten und Landtagsabgeordneten vorstellen), wo Workshops in leichter Sprache angeboten wurden.

Ein Link zu beiden Formaten ist unter <https://www.ljrbw.de/kindergipfel-und-jugendlandtag.html> zu finden. Eine Ansprache der stillen Gruppen erfolge laut Alt und Jegler am gezieltesten über die bestehenden Netzwerke. Da für queere Jugendliche gerade im ländlichen Raum jedoch noch keine Strukturen für Treffpunkte etc. existieren, ist es in diesen Gebieten umso schwieriger, diese Zielgruppe anzusprechen, berichtet die Teilnehmerin. Alt erklärt dazu, dass zumindest die größeren Stadtjugendringe vor Ort häufig schon Erfahrungswissen aufgebaut hätten und man von diesem beim Aufbau von Strukturen im ländlichen Raum profitieren könne.

Allgemein sei es eine wichtige Aufgabe, Jugendliche für politische Prozesse und Beteiligung zu begeistern, aber auch für die länger andauernden politischen Entscheidungsprozesse zu sensibilisieren. Wichtig sei, dass Politikerinnen und Politiker an Veranstaltungen wie dem Kindergipfel oder dem Jugendlandtag ein ehrliches und transparentes Feedback zu Ideen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ge-

ben. Kinder und Jugendliche könnten es laut Alt aushalten, wenn eine dargelegte Idee von Abgeordneten nicht weiter verfolgt werden kann, wenn dies im Vorschritt verständlich begründet wurde.

Gegen Ende des Workshops diskutiert die Gruppe auch den neuen Paragraphen 41a der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind sich einig, dass der Paragraph stark auf das Modell der Jugendgemeinderäte zugeschnitten ist. Dieser stelle zwar ohne Frage ein gutes Modell dar, funktioniere aber längst nicht in jeder Kommune. Gerade in kleinen Kommunen, oder dort wo schon andere Strukturen bestehen, sei dieses Modell, und damit auch der Paragraph 41a, nicht anschlussfähig. Dazu könnten sich weniger eloquente Jugendliche in diesen anspruchsvollen Formaten häufig nicht einbringen. Wichtig sei daher, so Alt und Jegler, dass das Modell der Jugendgemeinderäte durch weitere, innovative Formen ergänzt werde. Gerade durch die 8er oder 14er Räte bestünde die Chance, möglichst viele Jugendliche zumindest einmal in ihrer Schullaufbahn mit dem Thema Beteiligung in Verbindung zu bringen. Ein nützliches Instrument könnte auch das Programm „Beteiligungsdings“ der Landeszentrale für politische Bildung (LpB), bei dem Kommunen bei Bedarf Schulung im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung erhalten (Link: <https://www.ljrbw.de/servicestelle-kinder-und-jugendbeteiligung.html>).

II.IV.II. Gespräch von Frau Staatsrätin Erler mit Monja Jegler, Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung BW

Staatsrätin Erler lobt, dass durch den Paragraphen 41a der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg die Kinder- und Jugendbeteiligung auch gesetzlich verankert worden ist. Dies habe die Beraterlandschaft in diesem Bereich laut Staatsrätin Erler deutlich verändert. Sie erwartet, dass sich immer mehr Unternehmen mit diesem Schwerpunkt herausbilden (Beratungsstellen, Moderationsdienstleister). Die Staatsrätin unterstütze solche Entwicklungen. Wichtig sei die Einbindung von Schulen, die im Hinblick auf die wachsende Zahl von Ganztageschulen immer mehr in den Lebensmittelpunkt der Schülerinnen und Schüler rücke. Dies könne durch die Einbindung der Schule in das Quartier und die Kommune geschehen.

Erler betont zudem, dass die Jugend in Europa prinzipiell europafreundlich eingestimmt sei. Es müsse im Vorfeld der nächsten Europawahl 2019 viel geworben werden, damit möglichst viele Personen aus dieser Gruppe auch zur Wahl gehen. In einem Einwurf berichtet ein Teilnehmer von der Zurückhaltung der Schulleiterinnen und Schüler, die verhindert, dass politische Institutionen in Schulen für das Wählen gehen werben können. Daraufhin betont Frau Staatsrätin die Wichtigkeit der Neutralität, die in Schulen gegeben sein müsse. Jedoch sollen die Institutionen auf die Verantwortlichen zugehen und ihnen mehr Informationen geben über das, was sie tun.

III. Informationsaustausch zu aktuellen Themen und Projekten der Beiratsmitglieder im Plenum

III.I. RENN-Süd

RENN.süd ist eine regionale Netzstelle von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Kommunen, die dafür Sorge tragen soll, nachhaltiges Leben in die Breite zu bringen und gemeinsame Lernprozesse zu diesem Thema zu initiieren. RENN.Süd bietet dazu Qualifizierungen in der Moderation und in (Beteiligungs-)Verfahren zum Thema Nachhaltigkeit an (Flyer in Anlage II). Die Aktion „Kommune als Aktionsraum“ findet dazu in drei europäischen Städten statt.

Weitere Infos finden Sie unter: <https://www.renn-netzwerk.de/sued/veranstaltungen/>

III. II. Landkreistag Baden-Württemberg

Zusammen mit dem Landkreisnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und dem Ministerium für Soziales und Integration (SM) veranstaltet der Landkreistag Baden-Württemberg die 16. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft mit der Fragestellung „Darf's ein bisschen mehr sein?. Zusammenwirken von Förderalismus, Subsidiarität und Bürgerrolle“ (Flyer in Anlage III) am 13. Juli 2018 im Kloster Hegne in Allensbach-Hegne. Anmeldungen können per Mail an post@reichenauer-tage.de bis zum 06.07.2018 erfolgen.

Weitere Infos finden Sie unter: <http://www.reichenauer-tage.de/>

III. III. Eine Welt-Regionalveranstaltungen

Auch in diesem Jahr bieten die Eine Welt-Regionalpromotorinnen verschiedene Veranstaltungen für zivilgesellschaftliche Akteure aus den Bereichen Eine Welt/ Nachhaltigkeit an. Themen sind unter anderem Techniken der Konfliktmoderation, erfolgreiches Fundraising oder Organisationsentwicklung (weitere dazu im Flyer in Anlage IV).

Weitere Infos finden Sie unter:

<https://www.einewelt-promotorinnen.de/programm/landesnetzwerke/baden-wuerttemberg/>

III. IV. Führungsakademie Baden-Württemberg

Die Führungsakademie Baden-Württemberg bietet weiterhin ihre Seminarreihe zum Thema Bürgerbeteiligung an (Flyer in Anlage V). Diese richtet sich an Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, die in Austausch bei gemeinsamen Lernprozessen gebracht werden sollen. Neben den Grundlagenmodulen finden ab September auch wieder Vertiefungsmodule zu speziellen Themen im Bereich der Bürgerbeteiligung wie Moderation in Beteiligungsprozessen (25./26.09.2018), E-Partizipation (17.10.2018) oder Konsensorientierte Moderation (07.11.2018) statt.

Weitere Infos finden Sie unter:

https://fueak.bw21.de/_iBms/Seminarbereich/Katalog.aspx?tabid-101.0&catid=1333

III. V. „Festi-wall für ein friedliches Miteinander“ in Bad Wildbad und Umgebung

Das „Festi-wall für ein friedliches Miteinander“ im „Netzwerk Wertevielfalt im Nordschwarzwald (WiN)“ wird vom 22.09. - 30.11.2018 von 12 Initiativen in den folgenden acht Orten im Nordschwarzwald stattfinden: Pforzheim, Rastatt/Murgtal, Freudenstadt, Dornstetten, Horb, Bad Liebenzell, Calw und Bad Wildbad. Das „Festi-wall für ein friedliches Miteinander“ will positive Kräfte stärken, Herzen öffnen, Vorbehalte (Mauern in Köpfen) überwinden helfen und Diskussionen anstoßen, ohne in Konfrontation zu gehen. Der Ausgrenzung von Mitmenschen soll entgegengewirkt und der Dialog mit „den Anderen“ und „dem Anderen“ gesucht und gefördert werden. Weitere Informationen sowie die bereits geplanten Veranstaltungen des „Festi-wall“ finden Sie auf der Homepage des Netzwerks WiN unter:

<https://netzwerk-win.blogspot.com/p/festi-wall.html>

Unterstützt wird das „Festi-wall für ein friedliches Miteinander“ im „Netzwerk Wertevielfalt im Nordschwarzwald (WiN)“ durch das Landesprogramm „Integration durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ und das Förderprogramm „Gemeinsam in Vielfalt III“, administriert durch das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg.

IV. Save the Date

Die nächste Sitzung des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung wird am **22. November 2018 (14-17 Uhr)** stattfinden. Die Einladung hierzu geht Ihnen zeitnah vor der Sitzung zu.

Frau Erler bedankt sich bei den Mitgliedern des Beirats für den regen Austausch und wünscht allen eine gute Zeit.

Protokoll: HS, IB, LB, LW, 31.07.2018